

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

22.10.1927 (No. 246)

Expedition:
 Karlsruher
 Straße Nr. 14
 Fernsprecher:
 Nr. 953
 und 954
 Postkontokonto
 Karlsruhe
 Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
 für den
 redaktionellen
 Teil
 und den
 Staatsanzeiger:
 Chefredakteur
 C. A. M. e. n. d.
 Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassensabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Inneren berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Vortreibung, und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

* Die Warnung des Reparationsagenten

Die Öffentlichkeit ist gestern durch die Meldung überrascht worden, daß der Agent für Reparationszahlungen faktisch ein ernstes Schreiben an die Reichsregierung gerichtet hat, und daß dieses Schreiben, wenn es auch einen formellen Protest noch nicht enthält, doch eine außerordentlich schwerwiegende Warnung bedeutet, eine Warnung, welcher der regelrechte Einspruch in Kürze auf dem Fuß folgen könnte, wenn sie nicht beachtet wird. Barker Gilbert bespricht in seinem Schriftstück die finanziellen Auswirkungen der Beamtenbesoldung, des Reichsschulgesetzes und des Kriegsschadenschulgesetzes und erklärt rund heraus, daß der Stand der Reichsfinanzen eine Dauerbelastung, wie sie sich aus diesen Gesetzen zusammen ergeben würde, nicht vertrage. Es brauche nur irgend eine ungünstige Wendung in der wirtschaftlichen Entwicklung erfolgen, und dann müßte die Einführung neuer Steuern notwendig werden, und das würde die Sicherheiten für die Reparationsleistungen unter Umständen in Mitleidenschaft ziehen. Die Bedenken des Agenten beziehen sich also nicht auf die Einzelheiten der Besoldungsreform, sondern darauf, daß Besoldungsreform, Reichsschulgesetz und Kriegsschadenschulgesetz eine finanzielle Mehrbelastung ergeben müßten, die so groß ist, daß sie auf die Dauer ohne neue Steuern nicht ertragen werden kann. Derartige neue Steuern wären aber nach der Ansicht des Reparationsagenten geeignet, die Solvenz Deutschlands seinen Gläubigern gegenüber in empfindlicher Weise einzuschränken. Es ist bedauerlich, daß ein Ausländer sich in der Form einer Warnung, deren Bedeutung wir schon aus politischen Gründen nicht ignorieren dürfen, auf Tatsachen aufmerksam macht, die wir uns eigentlich ganz gut hätten selbst sagen können. Für die Finanzpolitik des Reiches enthält das Schreiben Barker Gilberts jedenfalls einen offenkundigen Tadel. Dieser Tadel befaßt seinem Sinne nach, daß das Reich es unterlassen hat, bei seinen gesetzgeberischen Maßnahmen, soweit sie neue Ausgaben mit sich bringen, auch die Frage zu prüfen, ob denn für diese Ausgaben die nötige Deckung vorhanden bzw. fest zu erwarten ist. Aus außenpolitischen Gründen (Dawesabkommen) und aus innenpolitischen Gründen (Aufrechterhaltung einer gesunden Finanzwirtschaft haben für uns die beiden folgenden Grundsätze immer noch zwingende Kraft: „Keine Ausgabe ohne Deckung“ und „Keine Lohnerhöhung und Gehaltserhöhung ohne Steigerung der Leistungen“.

Hätte man die berechtigten Forderungen einzelner Kategorien der Beamtenschaft rechtzeitig, also etwa schon in den Jahren 1925 und 1926 erfüllt, so wäre man um eine umfassende Besoldungsreform herumgekommen. So, wie die Dinge jetzt liegen, ist niemandem gedient. Den Beamten nicht, da die Besoldungsreform durch das Schreiben des Reparationsagenten geradezu in Frage gestellt worden ist, der Reichsregierung nicht, da sie sich vor eine sehr ernste Kritik gestellt sieht, den Ländern und Gemeinden nicht, da sie über die Besoldungsreform, d. h. über die Deckungsfrage, mit dem Reich in Konflikt geraten müßten, und unserer Außenpolitik nicht, da sie durch alle diese Vorkommnisse sicherlich nicht erleichtert wird. Bei alledem sehen wir von den Rückwirkungen, welche die Kritik auf die innere Politik parteipolitisch und sozialpolitisch haben kann, einstweilen noch ganz ab.

Tatsache ist jedenfalls, daß die Besoldungsreform das Verlangen nach Lohnerhöhungen bei der Arbeiterschaft hervorgerufen hat. Der Riesenstreik im Braunkohlenrevier scheint nun beendet. Es sind durch den Schlichter Lohnerhöhungen in der ungefähren Höhe von 10 Proz. bewilligt worden. Wenn die Braunkohlenwirtschaft diese Erhöhung ohne gleichzeitige Erhöhung der Preise für das Produkt tragen kann, dann ist es ja gut. Wenn nicht, dann stehen wir vor neuen Verteuerungen. Einstweilen ist ja die Situation — das muß immer wieder betont werden — so beschaffen, daß von einem allgemeinen Anziehen der Lebensmittelpreise nicht gesprochen werden kann. Einzelne Lebensmittel sind im Preis gestiegen, dafür sind wieder andere, nicht minder wichtige, im Preis gefallen. Was das Braunkohlenrevier betrifft, bestanden dort insofern Ausnahmeverhältnisse, als die Arbeiterschaft auch nach dem Urteil der Arbeitgeber die am schlechtesten bezahlte in ganz Deutschland war.

Wie gemeldet wird, soll heute eine Besprechung zwischen dem Reparationsagenten und dem Reichsfinanzminister stattfinden. Es wäre ja möglich, daß es dem

Berliner Tagesbericht

Das Echo der Rede Dr. Köhlers — Scharfe Kritik von allen Seiten — Der Schritt des Generalagenten — Ein Akt der Unfreundlichkeit — Opposition im Zentrum gegen Dr. Köhler
 (Eigener Bericht der „Karlsruher Zeitung“)
 M. Berlin, 22. Okt. (Priv.-Tel.)

Das Echo, das die Rede des Reichsfinanzministers im Reichstag zur Besoldungsreform in der Presse gefunden hat, ist außergewöhnlich schlecht. Wenn man von der „Germania“ abliest, die als Parteorgan des Zentrums eine sehr vorzügliche Zurückhaltung zeigt, kann man beinahe eine Übereinstimmung von rechts und links feststellen. Die schärfsten Angriffe richten nicht einmal die Blätter der Opposition, sondern die „Deutsche Tageszeitung“, also ein deutschnationales Blatt, gegen den Minister. Auch der Berliner „Kosmos“ ist sehr unfreundlich, wobei man allerdings eines berücksichtigen muß: Die Eugenbergsche Kampft auf Anfang an ohne Rücksicht auf die Stellung der Partei gegen das Dawesabkommen und glaubte jetzt in dem Vorgehen des Generalagenten eine restlose Bestätigung ihrer Haltung zu sehen. Sie macht der gesamten Regierung, sowohl der jetzigen, wie den früheren Reichsregierungen, den Vorwurf, daß sie sich in Illusionen gewiegt haben und vor Optimismus die wirkliche Gefahr verkannt.

Daß in irgendeiner Form der Generalagent Stellung genommen hat, muß als sicher bezeichnet werden, obwohl es gestern durch ein halbamtliches Korrespondenzbüro dementiert worden ist und obwohl man auch heute in den leitenden Stellen noch weiter in dem Abstreiten verharrt. Dabei scheint es sich um Wortspiele zu handeln, denn man sagt, daß kein Schritt vorliege, was immer einen amtlichen und formellen Charakter hat. Mein formell ist das vielleicht richtig, sachlich ist das sicher falsch, denn die Deutsches hat Dr. Köhler schon gestern vorgelesen. Es scheint nur, als ob man sich dahin geeinigt hätte, darauf in der öffentlichen Aussprache nicht einzugehen. Man gibt amtlicherseits zu, daß heute zwischen dem Minister und dem Generalagenten eine Aussprache stattfindet, fügt aber hinzu, daß sie sich auf laufende Angelegenheiten beziehe, worunter man selbstverständlich auch die Finanzgebarung des Deutschen Reiches verstehen muß. Es ist sicher kein Zufall, daß diese Unterredung gerade heute stattfindet.

Die französische Presse von heute früh läßt sich durch ihre Berliner Korrespondenten mitteilen, daß das Eingreifen Gilberts in Berlin geradezu erschütternd gewirkt habe, vor allem aber, weil ein amerikanisches Blatt, die „New York Times“, in der Lage war, diese Meldung schon zu einer Zeit zu veröffentlichen, als man in Berlin noch sicher keine Ahnung hatte. Auch wir sehen darin einen Akt der Unfreundlichkeit, nur ändert das an den Tatsachen gar nichts. Es wäre richtiger gewesen, man hätte das sofort auf deutscher Seite klargestellt. Den Optimismus von Herrn Dr. Köhler, daß er ohne neue Steuern auskommen könne, teilt kein Blatt. Man rechnet ihm vielmehr vor, daß schon die Rückkehr auf die erhöhten Reparationsleistungen, die im nächsten Jahr um 4480 Millionen steigen, den Etat außerordentlich gefährden.

Von Zentrumsseite ist dementiert worden, daß in der Partei ein starkes Misstrauen gegen den Minister herrsche. Das „Berliner Tageblatt“ hält demgegenüber seine Behauptungen aufrecht und nennt als Wortführer der Opposition gegen Köhler Dr. Imbusch und Giesberts, also zwei Männer der Gewerkschaften. Wir glauben sagen zu können, daß diese Behauptung richtig ist, und daß gestern nach der Rede des Ministers sogar noch eine Verschärfung des Konflikt eingetreten ist.

Minister gelingt, die Bedenken Barker Gilberts zu zerstreuen. Wir glauben, offen gestanden, nicht recht daran. Denn die neuen Belastungen, die in der Summe einen gewaltigen Betrag ausmachen, sind ja nicht wegzuleugnen.

Die Länder haben alle Veranlassung, der Entwicklung der Dinge die größte Aufmerksamkeit zu widmen. Nach dem Schreiben des Reparationsagenten muß die vom Reich so oft ausgesprochene Mahnung, die Länder und die Gemeinden möchten sorgfältiger wirtschaften und nicht so großzügig Ausgaben beschließen, in einem recht merkwürdigen Licht erscheinen. Siderlich ist es richtig, daß allenthalben noch Ersparnisse gemacht werden könnten. Wir haben aber schon neulich an dieser Stelle dem Bunsche Ausdruck gegeben, daß dabei derjenige Teil, der der stärkste und einflussreichste ist, das Reich, mit gutem Beispiel vorangehen möge. Das gilt nicht nur

für die Reichsregierung, soweit sie neue Ausgaben dekretiert, das gilt ebenso sehr auch für die Behörden- und Verwaltungsorganisation. Geseht den Fall, es würde einmal ein Sparkommissar mit diktatorischer Vollmacht für das Reich ernannt, dann würde er mit seinen Sparmaßnahmen höchstwahrscheinlich so lange und so gründlich zu tun haben, daß das Gerede über den Einheitsstaat fürs erste ganz aus der Debatte verschwände, — weil man in Berlin dann ganz andere und wichtigere Sorgen hätte.

Schiedsspruch im Braunkohlenbergbau

Zur Beilegung des Arbeitsstreites im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau hat am Freitag die Schlichtungskammer in Berlin nach zweitägigen Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern einen Schiedsspruch gefällt, durch den der tarifliche Durchschnittslohn der Gesamtbelegschaft im Revier von Tage der Wiederaufnahme der Arbeit ab von 5,20 RM auf 5,30 RM erhöht wird. Die Lohnregelung kann erstmalig zum 31. August 1928 geltend gemacht werden. Die Parteien haben sich bis zum heutigen Samstag, nachmittags 4 Uhr, über die Annahme des Schiedsspruches zu erklären, über die Wiederaufnahme der Arbeit und die Wiedereinstellung der Arbeiter haben die Parteien vor der Schlichtungskammer eine Vereinbarung abgeschlossen. In der Begründung des Schiedsspruches hat der Schlichter ausgeführt, daß die Tariflöhne im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau seit dem 1. November 1926 unverändert geblieben seien, während sie in anderen Bergbaurevieren in der Zwischenzeit eine Steigerung erfahren hätten, daß ferner die Tariflöhne anderer Berufsgruppen im mitteldeutschen Gebiet zum Teil nicht unerheblich über den bisherigen Tariflöhnen der Bergarbeiter lägen.

Ablehnende Haltung beider Parteien

M. Berlin, den 22. Okt. (Priv.-Tel.) Wie der Reichsarbeitsminister in der heutigen Reichstagsitzung mitteilte, ist der Schiedsspruch noch nicht angenommen worden, womit gewisse Gerichte bestätigt werden, die von einer Ablehnung durch beide Parteien, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sprechen. Da aber beide Parteien sich gestern dahin geeinigt haben, die Richtlinien für die Wiederaufnahme der Arbeit am Montag festzulegen, glaubt der Minister, daß die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches ohne weiteres zur Wiederaufnahme der Arbeit führen wird, daß man also im Grund genommen auf beiden Seiten die Verantwortung einfach dem Reichsarbeitsminister anferlegen möchte.

Größere Werkstoffschau in Berlin

In dem prächtig geschmückten Festsaal der neuen Autohalle zu Berlin wurde heute, Samstag vormittag 11 Uhr, die Werkstoffschau feierlich eröffnet. Zahlreiche Mitglieder der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, führende Männer aus Industrie und Handel, deutscher und ausländischer technisch-wissenschaftlicher Verbände sowie in- und ausländische Journalisten waren anwesend. Besonders zahlreich waren die skandinavischen Staaten vertreten, darunter auch die schwedische Ingenieurakademie.

Die Begrüßungsansprache hielt der Vorsitzende des Vereins Deutscher Ingenieure in Essen, Dr. Wendt. Hierauf ergriff Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius das Wort. Die Werkstoffschau umfasse drei große Gruppen: Stahl und Eisen, Nichtmetalle und elektrotechnische Isolierstoffe. Im Mittelpunkt der Schau stehen die Werkstoffprüfungen, die in eindrucksvoller Weise zeigen, welche Fortschritte gerade auf diesem Gebiete in Deutschland gemacht worden sind. Die wissenschaftliche Schau sei mit einer groß angelegten Tagung verbunden, die weit über 200 Vorträge auf den verschiedenen Fachgebieten darbiete. Planmäßige Verteilung der Reden auf dem Gebiete der Stoffwirtschaft werde von nun an eine der Hauptaufgaben unseres wirtschaftlichen Wiederaufbaues sein.

Hessische Landtagswahl am 13. November

Nachdem der hessische Staatsgerichtshof die Beschwerde der Wirtschaftspartei über die neuen gegen die Splitterparteien gerichteten Bestimmungen des Wahlrechts abgelehnt hat, ist die Veranlassung entstanden, das Reichsgericht könne der Beschwerde Recht geben und dadurch nachträglich die für den 13. November anberaumten Landtagswahlen für ungültig erklären. Der Ältestenrat des Landtages hat jedoch nahezu einstimmig beschlossen, an der Rechtsgültigkeit der neuen Wahlbestimmungen festzuhalten und es auch bei dem Wahltermin am 13. November zu belassen. Die Regierung erklärte sich hiermit einverstanden.

Der bevorstehende Wahlkampf dürfte diesmal besonders scharf werden. Alle größeren Parteien haben sich ihrer bedeutendsten Sprecher verpflichtet.

Die Mandatskommission des Reichsbundes wird am Montag in Genf zu ihrer 12. Session zusammentreten, die unter dem Vorsitz von Theodor, Italien, stehen wird. Auf der Tagesordnung stehen die Prüfung der Jahresberichte der Mandatsmächte, Begutachtung einiger Eingaben. Zum ersten Male nimmt an den Arbeiten der Kommission das kürzlich bezeichnete neue Mitglied Kasel, Deutschland, teil.

Die Besoldungsreform vor dem Reichstag

Der Reichstag hat am Freitag die erste Lesung der Besoldungsreform vorgenommen und das Gesetz dem Haushaltsausschuß überwiesen. In seiner Begründungsrede blieb der Reichsfinanzminister bei seiner Haltung, den Ländern keine Erhöhung ihrer Anteile an den Überweisungssteuern, also keine Änderung des Finanzausgleichs zugestehen. Außer dem kündigte er ein Veto an, wenn Anträge kommen sollten, die den finanziellen Aufwand über das Maß der Vorlage hinaus steigern würden. Er deutete an, daß die Rücksichtnahme auf den Reparationsagenten gegen eine Änderung des Finanzausgleichs spreche. Die eigentlichen Auseinandersetzungen finden nun im Haushaltsausschuß statt.

W.D. Berlin, 21. Okt.

Der Reichstag nahm heute zunächst einen von den Regierungsparteien eingebrachten Gesetzentwurf über **Zurückführung der Weine von 1927** in allen drei Lesungen an. Dann begründet

Reichsfinanzminister Dr. Köhler

das Besoldungsgesetz. Seit Dezember 1924 seien die Bezüge der Beamten nicht mehr erhöht worden. Die Aufbesserung ist längst als eine Staatsnotwendigkeit anerkannt. Schon vor dem Kriege waren die Beamten, insbesondere die unteren Gruppen, unzureichend besoldet. Nach der Inflationszeit blieben die auf Gold umgestellten Gehälter aber weit hinter den Sätzen von 1913 zurück. Während nachher die freien Arbeitnehmer ihre Gehälter der wachsenden Teuerung anpassen konnten, blieben die Beamtenegehälter auf dem Stande vom 1. Dezember 1924 stehen. Wenn die Beamten in ihrem Einkommen immer weiter herabsinken, so leidet darunter schließlich auch der Staat, dem sie dienen. Wir brauchen als Beamte freie, aufrechte Männer, die nicht durch materielle Not gedrückt und in Abhängigkeiten gebracht werden. Bei der notwendigen Aufbesserung der Bezüge ist uns die Grenze gezogen durch die Notwendigkeit, das finanzielle Gleichgewicht des Staats nicht erschüttern zu lassen. Mit der jetzigen Reform soll auch für mehrere Jahre Ruhe geschaffen werden. Ich habe schon früher das Maß der Erhöhung in Hundertsätzen angegeben.

In der Öffentlichkeit ist übersehen worden, daß es sich dabei nur um die Erhöhung des Grundgehaltes handelt. Die Erhöhung des Gesamtentlohens beträgt

im Durchschnitt aller Beamtengruppen 16-17 Proz.

Damit ist nach wie vor ein großer Teil noch weit entfernt vom Friedensrealentkommen. Die Mehrausgabe, die die Besoldungsaufbesserung für den Reichsstaat bedeutet, beträgt insgesamt jährlich 310 Millionen M. In den nächsten Jahren wird sich die Deckung, wenn nicht ganz unvorhergesehene Rückschläge kommen, ohne Steuererhöhung ermöglichen lassen. Auch die Reichsbahn hofft, die von der Reichsregierung vorgeschlagenen Sätze für ihre Beamten ohne Tarifierhöhung durchführen zu können.

Die Länder und Gemeinden haben schon seit Jahren ebenso wie das Reich mit einer Aufbesserung der Gehälter ihrer Beamten rechnen müssen. Aus diesem Grunde bin ich auch mit der Überweisung an die Länder bis an die Grenze des für das Reich Tragbaren gegangen und habe deswegen Angriffe genug erfahren. Die Länder werden in den kommenden Jahren ohne Steuererhöhung durch das erhöhte Aufkommen aus der Einkommen-, Körperschafts-, Umsatz-, Grund- und Gewerbesteuer in der Lage sein, die notwendige Besoldungsaufbesserung zu decken. Das gilt auch für die Gemeinden. Das Reich kann

eine Notwendigkeit zur Revision des Finanzausgleichs nicht anerkennen.

Die Befürchtung, daß sich aus der Besoldungserhöhung eine neue Teuerungswelle entwickeln werde, ist bisher noch bei jeder Besoldungsreform geäußert worden. Man sagt, statt mit der Besoldungserhöhung hätte man lieber durch eine Preisfrenkung die Lage der Arbeitnehmer bessern sollen. Die bisher verkündeten Preisfrenkungsaktionen haben aber wenig praktischen Erfolg gehabt. (Sehr wahr.) Nicht berechtigt ist auch die Annahme, daß der Besoldungsreform nun eine Welle von Lohnbewegungen der freien Arbeitnehmer folgen müsse. Dabei wird vergessen, daß mit der Erhöhung der Beamtenegehälter nur das nachgeholt wird, was die freien Arbeitnehmer im Laufe von drei Jahren schon erreichen konnten.

Die Gefahr einer Preissteigerung durch die Steigerung der Kaufkraft der Beamten ist nicht gegeben. Die erhöhten Be-

züge werden zunächst in der Hauptsache zur Abtragung der Schulden verwendet werden. Die Reichsregierung warnt vor einer Teuerungswelle, zu der kein Anlaß vorliegt. Die Reichsregierung ist jetzt in Zusammenarbeit mit dem Reichsparlamentarismus damit beschäftigt, eine Vereinfachung der öffentlichen Verwaltung herbeizuführen, auch da, wo sich die Reichsverwaltung mit der Selbstverwaltung berührt. So wird sich eine erträgliche Grenze der Gesamtbelastung der deutschen Volkswirtschaft erreichen lassen. Ich bin mit meinen Vorschlägen bis an die Grenze der finanziellen Möglichkeiten des Reiches gegangen, ich bin auch bereit, alle Verbesserungsvorschläge zu prüfen; mit aller Entschiedenheit muß ich aber, auch im Namen der gesamten Reichsregierung, erklären, daß Anträge, die eine finanzielle Mehrbelastung über die jetzige Vorlage hinaus bedeuten, für uns unannehmbar sind.

Abg. Steintopf (Soz.): Die Beamtenschaft sei durch die Vorlage enttäuscht worden. In seiner Magdeburger Rede habe der Minister Hoffnungen geweckt, die nicht erfüllt wurden. Tatsächlich erhöht sich das Gesamteinkommen in den unteren Gruppen um 5, in den mittleren um 6 und in den oberen Gruppen um 9 Prozent. Die Benachteiligung der lebigen Beamten müsse wieder ausgeglichen werden. Für die Wartgeldempfänger und Rentner müsse eine bessere Regelung geschaffen werden.

Abg. Graf Westarp (Dnt.): Die Beamtenegehälter mühten den Preis- und Lohnverhältnissen angepasst werden, um so mehr, als die Verschuldung in vielen Teilen der Beamtenschaft geradezu das Staatsinteresse gefährde. Vorbildung und Leistung mühten härter berücksichtigt werden. Deshalb bedürften besonders die Sätze der höheren Beamten der Nachprüfung. Nicht genügend geklärt sei bisher die Frage der Deduktion. Die Differenzen mit den Ländern mühten beseitigt und die berechtigten Forderungen der Länder zerstreut werden. Aufs sorgfältigste mühte man darüber wachen, daß der Steuerdruck nicht weiter anwache, sondern auf ein erträgliches Maß herabgesetzt werde. Eine Warnung vor Überspannung der Forderungen müsse man an alle Kreise richten.

Abg. v. Guérard (Z.) verliest eine Erklärung seiner Fraktion. Es müsse geprüft werden, ob Sicherungen geschaffen werden können gegen eine Schwächung der Kaufkraft der gesamten Verbraucher durch Preissteigerungen. Zu der vom Reichsrat geforderten Änderung des Finanzausgleichs äußert sich die Fraktionserklärung dahin, daß die von einzelnen Ländern erhobenen Bedenken sorgsam geprüft werden mühten. Notwendig sei auch in den Ländern eine durchgreifende Verwaltungsreform.

Abg. Dr. Scholz (D. Vpt.) lehnt für seine Fraktion den Beschluß des Reichsrates ab Änderung des Finanzausgleichs zugunsten der Länder ab. Sie verlangt eine Senkung der Realsteuern und größere Sparsamkeit in Ländern und Gemeinden. Notwendig sei eine durchgreifende Verwaltungsreform, die unter Umständen auch vor Verfassungsänderungen nicht zurückweichen dürfe.

Abg. Schuldt-Egglitz (Dem.): Mit seiner Magdeburger Rede habe der Minister in der Öffentlichkeit den falschen Eindruck erweckt, daß die Beamtenegehälter um ein Drittel aufgebessert würden. Eine Entschlebung der sozialen Arbeitsgemeinschaft von Beamtenverbänden, in der 400 000 Beamte der Besoldungsgruppen 1-7 organisiert sind, bezeichnet die Vorlage als keine geeignete Grundlage für die Besoldungsreform.

Abg. Torgler (Komm.) bezeichnet die Aufbesserungen für die unteren und mittleren Besoldungsgruppen als vollkommen unzulänglich.

Abg. Dreiwitz (Wirtsch. Bgg.) gibt eine kurze Erklärung ab, wonach sich seine Fraktion ihre Stellungnahme bis nach den Ausschussverhandlungen vorbehält.

Abg. Leicht (Wirtsch. Bp.): Bei der Prüfung der finanziellen Wirkungen der Vorlage und der Defizitfrage dürfe nicht außer acht gelassen werden, daß die Besoldungsreform für die Reichsbeamten naturgemäß ähnliche Aufwendungen für die finanziell sehr geschwächten Länder erfordere.

Abg. Dr. Fried (Nat. Soz.): Lohnaufbesserungen für die übrigen Arbeitnehmer und Preissteigerungen würden nicht zu vermeiden sein, solange nur durch das Mittel von Auslandsanleihen die schwere Krankheit der deutschen Wirtschaft verschleiert werde.

Abg. Penning (Wirtsch.) meint, wenn man von einer Erhöhung der Ministergehälter und Abgeordnetenlöhne ablässe, könnten viele jetzt in der Vorlage noch bestehende Ungerechtigkeiten beseitigt werden.

Domit schließt die Aussprache.

Die Vorlage wird dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Es folgt

die erste Beratung der Novelle zum Reichsverforgungsgesetz.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns führt zur Begründung der Vorlage aus, daß mit der Novelle eine Angleichung der Verforgungsbezüge an die mit der Besoldungsreform geplante Aufbesserung der Beamtenbezüge bezweckt werde. Notwendig sei vor allem eine Aufbesserung der unzureichenden Renten der Kriegbeschädigten. Die Renten der Kriegshinterbliebenen sollten nach dem Entwurf um 9,3 Proz. erhöht werden. Die Mehraufwendung betrage nach der Vorlage jährlich 205 Millionen. Damit steige die Ausgabe für die Verforgung der Kriegbeschädigten und Kriegshinterbliebenen im nächsten Etat auf 1,3 Milliarden Mark. Die darüber hinausgehenden Forderungen mancher Organisationen bezeichnet der Minister als den Ausschluß hemmungsloser Agitation.

Abg. Thiel (Dt. Vp.) gibt für die Regierungsparteien und die Wirtschaftliche Vereinigung eine Erklärung ab, in der die Vorlage als ein bedeutender Fortschritt in der Verforgung der Kriegbeschädigten und Kriegshinterbliebenen bezeichnet wird. Die Verwirklichung der Forderungen des Reichsverbandes der Kriegbeschädigten würden jährliche Ausgaben von 2 1/2 Milliarden bedingen.

Abg. Rohmann (Soz.): Die sozialdemokratische Fraktion unterbreite im wesentlichen die Forderungen dieser Eingaben. Abg. Biegler (Dem.) nennt die Verforgung der Kriegsoffer eine Ehrenaufgabe.

Um 19 Uhr wird die Weiterberatung auf Samstag 12 Uhr vertagt.

Die heutige Plenarsitzung

W.D. Berlin, 22. Okt. (Tel.) Die Plenarsitzung des Reichstages begann heute schon um 12 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen zunächst kleine Vorlagen, namentlich sozialpolitische Abkommen mit fremden Staaten. Der wichtigste Punkt der heutigen Tagesordnung sind die **Interpellationen und Anträge zum Vergarbeiterstreik**. Interpellationen haben eingebracht die Sozialdemokraten und das Zentrum. Die Kommunisten beantragen Erwerbslosenunterstützungen für die Streikenden und ein Mißtrauensvotum gegen den Reichsarbeitsminister. Endlich stehen noch der deutsch-französische Handelsvertrag und die Weitergewährung der Saargängerunterstützungen auf der Tagesordnung.

Nach einem Beschluß des Reichsrates des Reichstages ist in Aussicht genommen, heute die Beratungen abzuschließen und erst am 22. November wieder zusammenzutreten. Es soll dann bis zum 20. Dezember ohne Unterbrechung getagt werden. In dem Tagungsabschnitt vom 22. November bis zum 20. Dezember soll auch die erste Lesung des Etats für 1928 erledigt werden.

Das Reichsschulgesetz vor dem Ausschuss

Der Bildungsausschuß des Reichstages befaßte sich am Freitag mit der geschäftlichen Behandlung des Reichsschulgesetzentwurfes. Auf Vorschlag des Vorsitzenden, Abg. Mumm (Dnt.), wurde zum Berichterstatter Abg. Weinländer (Zr.) gewählt. Sozialdemokraten und Kommunisten ertheilten sich dabei der Stimme, nachdem ein sozialdemokratischer Antrag, den Abg. Dietrich-Thüringen (Soz.) zum Berichterstatter zu wählen, abgelehnt worden war. Der Ausschuss will die Vorlage so fördern, daß die zweite Beratung im Plenum möglichst noch vor Weihnachten erfolgen kann.

Anträge

Im Reichstage ist ein Antrag Lambach (Dnt.) eingebracht, der die Regierung ersucht, einen Gesetzentwurf über soziale Hauptwahlen einzubringen. Anstelle der bisherigen Zersplitterung des sozialen Wahlwesens soll eine einheitliche Hauptwahl treten.

Die sozialdem. Reichstagsfraktion fordert in einem Antrag eine Vorlage zum Ausbau des Angestelltenversicherungsgesetzes. Im einzelnen wird die Ausdehnung der Angestelltenversicherung auf die Angestellten aller Berufe ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Einkommens gefordert. Weiter wird Erhöhung der Renten ohne Beitragserhöhung, Herabsetzung der Wartezeit und der Altersgrenze auf das 60. Lebensjahr, Reform des Vertrauensmännerstystems, billige Darlehen an die Angestellten verlangt.

Revisionsverhandlung im Mememorandumprozess. Wegen der Ermordung des Feldwebels Wilms von der Schwarzen Reichsmehr wurden im März die Angeklagten Fuhrmann, Klappert, Umhofer und Schulz vom Schourgericht Berlin zum Tode verurteilt. Zwei weitere Angeklagte wurden freigesprochen. Gegen dieses Urteil haben die Verteidiger Revision beim Reichsgericht eingelegt. Nunmehr ist die Revisionsverhandlung auf die zweite Hälfte des November angesetzt worden.

Badisches Landestheater

Gastspiel des hebräischen Künstlertheaters Sabima

I. D'hub

Dramatische Legende von Ans-hi

Regie: E. Wachtangow — Musik: F. Engel — Maler: A. Altmann — Szenische Leitung: J. Rubinstein — Musikalische Leitung: G. Kompaneck

Das Gastspiel der Sabima ist ein Erlebnis. Ohne daß man irgendwelches Verständnis für die Sprache aufbringen könnte — auch strenggläubigen Juden scheint diese Art des Hebräischen fremd — wird durch die schauspielerische Leistung ein Eindruck von härtester künstlerischer Art vermittelt. Dieser beruht in der Einheit anscheinend fremder Wesenskräfte. Man glaubt in naturalistische Stilepoche zurückversetzt zu sein und findet sich plötzlich durchaus expressivitätswortwörtlich, man sieht Menschen und Vorgänge von gemeiner Alltäglichkeit und erblickt sie plötzlich in ausdrucksvoller Groteske, man beobachtet sie in Gebaren von ungezwungener Selbstverständlichkeit und erkennt doch zu gleicher Zeit eine feine alle bindende Form von strenger Gesetzmäßigkeit, man hört dialektische Reden und verspürt plötzlich ihre Verwurzelung mit tiefsten Lebenskräften, man beobachtet Szenen von poffenhafter Komik und fühlt sich bezwungen von tragischen Angewittern.

Wer die Theatergeschichte der letzten Jahrzehnte kennt, weiß, daß solche Vereinigung disparater Strömungen und Strebungen nirgends besser glücken kann, als in Rußland. Stanislawski ist die große Persönlichkeit, die den Naturalismus auf der Bühne zur höchsten künstlerischen Leistung steigerte durch die unerhörte Konzentrationskraft, mit der aus Einzeldarstellern ein Gesamtensemblewerk von unbedingter Gleichwertigkeit aller großen und kleinen Teile in sorgfältig abgemessener Balance geschaffen wurde. Zugleich aber wissen wir, daß dem europäischen Abendlande gerade aus dem Osten neue Seelenkenntnisse und -erlebnisse zuwuchsen, ein feilscher Tiefstrom, der die wertvollste Grundlage expressivitätswortwörtlich bildete. Wenn heute geistesgeschichtlich der Ursprung der Tragödie im Judentum gefunden ist, ihr Ausgangspunkt der Oros im jadralischen Sinne ist, dann ist schließlich auch damit das Heimatland tragischer Kunst von dem

griechischen Olydent in den Orient verlegt. Fast wie ein Schulbeispiel möchte die Kunst der Sabima wirken, die wurzelt in naturalistischem Heimatboden, aus religiösen Quellen gespeist wird und damit zu einer vollendeten Paarung von Naturalismus und Expressivismus gelangt, die wie jede echte Kunst über das Spezielle des Einzelalles hinaus zu symbolhafter überindividueller Allgemeintellung emporsteigt.

Ob allerdings gerade das zur Darstellung gebrachte Stück „D'hub“ in sich die entsprechende künstlerische Potenz trägt, scheint mir zweifelhaft. Es scheint mir ein schlecht und recht zusammengekauertes Volksstück von ziemlicher Naivität zu sein. Aber schließlich handelt es sich hier ja um ganz anderes. Die Erlebnisstärke bühnenischer Kunst ohne Unterstützung durch rationalistisch wirkende Sprachdichtung wird hier erwiesen. Wir kennen alle längst die Teile dieser Kunst, ich erinnere an das „Nachtasch“, ich erinnere an die gespensterhaften Zoten expressivitätswortwörtlicher Dramen, ich erinnere an den naiv-grotesken „Blauen Vogel“, aber hier ist die Einheit geschaffen durch Schauspieler, die stark auch im Kleinen sind, durch eine Regie, die nach Stanislawskis Lehre beherzt, daß eine Aufführung nur nach langen zahlreichen Proben ihr Ziel erreichen kann.

Bei einer solch strengen Ensemblekunst bedeutet Namensnennung einzelner nichts. Gemäß war der Meschulach A. Rudkin von seltsam zwingender Todesymbolik, die liebende und sterbende Lea A. Rowina von unvergesslicher Besessenheit und leidender Menschlichkeit, aber es war ja jede kleine Rolle mit gleichwertiger Kraft gefaltet, so daß wir uns den Theaterzettel abschreiben könnten. Es werden uns einzelne Augenblicke, sei es von Einzeldarstellern oder Gruppen, unvergänglich bleiben, aber darüber hinaus wird uns doch nie der Eindruck dieser Aufführung als Ganzheit und Einheit verlassen. Oper und Schauspiel, Komödie und Tragödie, Wort und Gebärde, Sprache und Gesang gingen in einander über und schienen stets selbstverständlich und notwendig. Bis ins Äußerste der stark aufgetragenen Schwärze, die die Gesichter zu ornamentalen Masken machte, ging die aus einem Zentrum quellende Kunstbesinnung, und wußte den Zusammenhang von Musik, Malerei und Darstellung bis zum letzten durchzuhalten. Daher auch der große Beifall, der den Künstlern dankte.

II. Der Golem

Eine dramatische Dichtung in drei Akten und einem Prolog von G. Leitwit. Regie: B. Berschilow — Musik: R. Millner — Maler: J. Rubinski — Szenische Leitung: J. Rubinstein — Musikalische Leitung: G. Kompaneck

Wenn der „D'hub“ ein Volksstück ist, das seine Kräfte aus in irrationaler Tiefe gemeinsam wurzelnder hebräischer Natur und Sittlichkeit schöpft und gerade dadurch eine Vielfältigkeit der Stimmen und Farben bei innerer Einheit erleben läßt, erweist der „Golem“ als eine literarische Dichtung religiösen Stoffes. Die ewige babilonische Gefangenenschaft der Juden wird dargestellt in dem Einzelfall der Juden im „Fünften Turm“, die der christliche Eiferer Raddanus und seine Mönche mit Haß verfolgt, der Messias mit Liebe erlitten will, und die der Mahabar, der Wanderrabbi mit lakem Verstand und roher Kraft nicht befehren kann. Der Rabbi ist die Höchste Leistung des ohne Liebe schaffenden Verstandes, er kann so gar aus Erde den Golem schaffen, der ohne Seele die zur Befreiung notwendige Kraft geben soll. Dies Beginnen, weil ohne Liebe, ist zum Fehlschlag bestimmt. Der an seiner Seelenlosigkeit leidende Golem ist Gewalttäter und der liebevolle Verstand des Rabbi muß sein eigenes Geisteskind wieder zu Staube machen. Die Juden werden noch weiter ihrer Erlösung harren müssen.

Wenn der „D'hub“ keine bühnische Stärke in dem Gesamtspiel besitzt, so zeigt sich im „Golem“ stärker die Einzelleistungen. Überausend der liebeslehrende, seelenhungrige Nur-Erdemensch Golem, den A. Wehkin bei aller Angehörigkeit erschütternd zum Erlebnis brachte. Ihm, dem dumpfen, triebhaften Tier gegenüber der geistesgewaltige Rabbi, von B. Fshemerinsky leidenschaftlich bewegt dargestellt. Hervorgehoben sei die gespenstische Gestalt des unheimlichen Wahnsinnigen Lanchum von Ben-Chaim und die visionäre Gewalt des Messias von A. Rowina.

Aber auch hier wieder mit diesen Einzelrollen die Fülle der anderen in wundervollem Einflang. Darin liegt allerdings das künstlerische Hauptergebnis des Sabima-Gastspiels: Grobe, sich unter- und einordnende Schauspieler, die dem Gesamtwerk dienen.

Das Gastspiel hat großen Erfolg gehabt, mehr, es hat lebendiges Erlebnis geschaffen. Karl Holl.

Franz Haniel & Cie. G.m.b.H. Kaiserstraße 231 Fernruf 4854/56

Großhandel **Erstklassige Ruhrkohlen, Koks, Briketts** 786 **Kleinhandel**

Politische Neuigkeiten

Der Berliner Flaggenentwurf vor der Stadtverordnetenversammlung

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung entspann sich am Freitag eine teilweise sehr erregte Debatte bei der Beratung der Anfrage der Deutschen Volkspartei über den wirtschaftlichen Vortritt geschäftlicher Unternehmungen durch den Magistrat und des Dringlichkeitsantrages der Deutschnationalen über den Flaggenentwurf des Magistrats. Der Oberbürgermeister erklärte, daß in dem Magistratsbeschlusse, Mitglieder des Magistrats sollten nicht an Veranstaltungen in Hotels teilnehmen, die nicht die Reichsfarben zeigten, keine Aufforderung zum wirtschaftlichen Vortritt liege. Die Hotels hätten auch bisher nicht versucht, eine Klage gegen den Magistrat einzureichen. Zum deutschnationalen Antrag erklärte der Oberbürgermeister, es sei tief bedauerlich, daß ein deutscher Bürgermeister in einer deutschen Stadt dafür zur Rede gestellt werde, daß er für die Verfassung des Reiches und die Reichsfarben eingetreten sei. Die Reichs-, sowie die Staatsregierung hätten in Übereinstimmung mit dem Magistrat gehandelt. Er werde künftig weiter für eine Sache eintreten, die die Ehre des Reiches und des Vaterlandes sei, nämlich für die Wahrung der Reichsverfassung und der Reichsfarben. Die Abstimmung wurde schließlich auf nächsten Donnerstag vertagt.

Deutschkonservativ-Deutschnational

Die Deutschkonservative Partei verbreitet der Berliner „Deutschen Zeitung“ zufolge eine Mitteilung, in der es u. a. heißt: Wir haben immer wieder zu unserem Bedauern die Erfahrung gemacht, daß in der Politik der Deutschnationalen Volkspartei die konservativen Grundanschauungen nicht in dem Maße beobachtet worden sind, wie es im Interesse des Aufstieges unseres Vaterlandes gelegen hätte. Es ist deshalb erklärlich, wenn jetzt aus allen Kreisen und aus allen Ständen immer dringender die Forderung an uns herantritt, wieder eine selbständige parlamentarische Partei zu werden. Neuerdings hat auf dem Königsberger Parteitag der deutschnationale Parteivorstand unter voller Zustimmung des Parteitagesschiedes Grundriss für den preussischen Konservatismus und die Monarchie ein Bekenntnis abgelegt. Wir erwarten, daß diese Worten nun auch die Taten folgen werden. Um dies sicherzustellen, müssen und werden wir an die Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei herantreten mit der Forderung, daß bei den kommenden Wahlen im Reich, in den Ländern und Gemeinden Persönlichkeiten ausgesprochen konservativer Gesinnung in ausreichender Zahl auf die Wahlbewerberlisten gesetzt werden, und zwar an sicheren Stellen der Reichs- bzw. Landeslisten und der Wahlkreisliten.

Die Elektrifizierung Oesterreichs

Bei einer Besichtigung der Tiroler und Salzburger Wasserkraftwerke hielt der österreichische Handelsminister Dr. Schürff eine Rede, in der er nach einem Überblick über die bisherigen Elektrifizierungsarbeiten mitteilte, daß mit der Vollendung dieser Arbeiten von der Schweizer Grenze bis Salzburg 623 Kilometer, also ungefähr ein Achtel des gesamten Bundesbahnnetzes, elektrifiziert sein werden. Außer der bedeutenden Belebung der heimischen Volkswirtschaft bedeute dieses Werk eine Ersparnis um 420 000 Tonnen Kohle jährlich. Die Kosten werden sich auf ungefähr 280 Millionen Schilling belaufen. Hiervon verbleiben mindestens 1/4 im Inland. Die im Gange befindlichen Verhandlungen über die Aufnahme einer Investitionsanleihe liegen bestimmt erwarten, daß die Elektrifizierungsaktion auch die Strecke Salzburg-Wien und die Südbahn, zunächst wenigstens Teile davon, umfassen werde.

Reichskabinett und gesellschaftliche Verpflichtungen. Auf einer am Freitag abend in Berlin stattfindenden Besprechung der Reichsminister, die sich mit laufenden Angelegenheiten beschäftigte, sprach man auch über das Übermaß gesellschaftlicher Verpflichtungen. Man war sich darüber einig, daß die Veranstaltungen und Festlichkeiten in Berlin einen Umfang angenommen haben, der sich mit den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen nicht mehr verträgt. Man ist zur Zeit auch im Kabinett der Ansicht, daß den Einladungen zu beratenden Veranstaltungen nur noch in beschränktem Umfang Folge geleistet werden kann.

Vor einer Ausperrung in der Zigarrenindustrie. Einer Meldung aus Berlin zufolge, haben am 18. Oktober Tarifkommission und Vorstand des Reichsverbandes deutscher Zigarrenhersteller E. V. den Beschluß gefaßt, allen in der Zigarrenindustrie beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen am Samstag, den 29. Oktober mit einer 14tägigen Frist zum 12. November d. J. zum Zwecke der Ausperrung zu kündigen. Diese Maßnahme sei darauf zurückzuführen, daß, obwohl der gültige Tarifvertrag noch bis Ende März 1928 läuft, ein Teil der Zigarrenarbeiter — und zwar in Leipzig, Breslau und Bünde (Westfalen) — in einen tarifwidrigen Streik getreten sei.

Die Frage der Freigabe des deutschen Eigentums in Amerika. In parlamentarischen Kreisen scheint, wie aus Washington gemeldet wird, die Stimmung für die Freigabe von zunächst 60 Proz. des deutschen Eigentums vorzuliegen. Das Schatzamt gab bekannt, daß in dem am 30. Juni 1927 abgeschlossenen Statjahr deutsches Eigentum im Werte von etwa 40 Millionen Dollars zurückgegeben wurde. Von 225 abhängigen Fällen wurden 140 bewilligt und 22 abgelehnt. Über den Rest wird noch verhandelt.

Kurze Nachrichten

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages mußte am Freitag nach längerer Beratung wegen des Beginns der Plenarsitzung die Erörterung über die Genfer Verhandlungen unterbrechen. Er trat heute, Samstag, zur Fortsetzung der Debatte wieder zusammen. Heute, Samstag, sprach zunächst der deutschnationale Abg. Prof. Dr. Hörsch. Darauf antwortete Reichsaussenminister Dr. Stresemann. Es erhielt dann das Wort der Zentrumspartei, die Genfer Verhandlungen wegen der vorgehenden Zeit auch heute nicht zu Ende führen und verzögerte sich auf kommenden Montag.

Demokratische Reichstagsfraktion und Todesstrafe. In der letzten Sitzung der demokratischen Reichstagsfraktion ergab es sich, daß die Auffassungen der Partei in der Frage, ob die Todesstrafe abzuschaffen oder beizubehalten sei, geteilt waren, doch wurde einstimmig festgestellt, daß die Stellungnahme zu diesem Problem nicht eine Frage sei, die die demokratischen Grundanschauungen berühren. Die demokratische Fraktion werde bei der Abstimmung über diese Frage keinen Fraktionszwang ausüben.

Die Zentrumskommision des Reichstages hat beschlossen, während der bevorstehenden Reichstagsferien in diesen Wochen und zwar Donnerstags nachmittags 5 Uhr Fraktions-sitzungen abzuhalten, um die Fühlung mit den Ausschussberatungen (Schulgesetz und Befolgungsreform) aufrecht zu erhalten.

Badischer Teil

Die Internationale Kulturtagung in Heidelberg

Der zweite Tage der europäischen Kulturtagung in Heidelberg begann am Freitag mit einem Vortrag von Professor Bodero, Italien, über „Die Geschichte als dynamisches Element“. Dann folgte ein Vortrag des Professors Franz Rothfels, Deutschland, über „Geschichte als Schicksal“.

Im allgemeinen ist zu sagen, daß auch der zweite Tag des Kongresses auf einem außergewöhnlich hohen geistigen Niveau stand, gegenüber der in den Reden der Italiener, Polen und Ungarn, deren Vertreter außerhalb des offiziellen Programms zu Worte kamen, aufgetretenen mythologischen Auffassung der Geschichte wurde in der Diskussion insbesondere von Alfred Weber und Ludwig Curtius die Frage aufgeworfen, was entstehen würde, wenn nun auch das deutsche Volk, dessen Geschichte doch zeitweise die Geschichte des Abendlandes gewesen sei, mythologisch bleiben würde. Soll Europa nicht ein Wort ohne Inhalt bleiben, so müsse man erkennen, daß Mythologie und Ideen eines Volkes verschiedene Begriffe seien und man müsse dafür sorgen, daß die Masse der Bevölkerung, der die mythologische Auffassung fremd sei, geistig eingeführt wird in die vom Verstand getätigten Bestrebungen.

Am Freitag vormittag fand die Generalversammlung, bei der die neu gegründete polnische Gruppe aufgenommen wurde, statt. Aus dem Jahresbericht des Prinzen Rohar, Wien, ging hervor, daß der Gedanke des Verbandes an Boden gewonnen hat. Als weiterer Vertreter der Reichsregierung ist Staatssekretär a. D. von Kühlwein eingetroffen. Der Tag wurde mit einer Ansprache geschlossen. Der Schluß der Tagung erfolgt in Frankfurt a. M.

Die badische Staatsregierung gab Donnerstag abend, wie bereits kurz gemeldet, auf der Wolkentur dem Verband für kulturelle Zusammenarbeit ein außerordentlich gelungenes Bankett, zu dem auch der italienische Vorkämpfer in Berlin Graf Adoranyi erschienen war. Außer Staatspräsident Dr. Traut ergriffen das Wort, Minister a. D. Borel für die fremden Delegierten und Unterstaatssekretär Bodero und der Rektor der Universität Heidelberg, Professor Dibelius, im Namen der Universitäten.

Beendigung der Bauarbeiten an der Heidelberger Alten Brücke

Heidelberg, 20. Okt. Der Ausbau der Stufe Heidelberg des Neckarfanals hat bei der Alten Brücke eine Verzögerung der Pfeilerfundamente notwendig gemacht. Zu diesem Zwecke wurde ein drei stützige Pfeiler eine eiserne Spundwand eingrammt und danach das Wasser aus dieser eisernen Umfriedung herausgepumpt. An den vollständig trocken liegenden Pfeilern wurden die alten eisernen Pfeile, die als Schutz des Fundaments eingeschlagen waren, entfernt, das bröckelige Gestein und der schlammige Kies um den Pfeiler selbst weggeschafft und hierauf durch die neuesten technischen Hilfsmittel um das alte Pfeilerfundament mittels Eisenbeton ein vollständiger Umbau geschaffen. Diese Eisenstangen sind rund und im Pfeiler in der Tiefe in sich selbst verankert, durch den Pfeiler wurden gleichfalls Eisenstangen gelegt, um so das ganze Eisengerippe durch sich selbst zu befestigen. Die Betonstützen, zwischen die Eisenstangen fest angedrückt, geben nun den alten Pfeilern eine steinharte Umkleidung. Im auch die kleinsten Fugen und Löcher in diesem Betongemisch zu verdrängen, erfolgte durch besondere Leitungen die Zuführung von Zementmilch, so daß die ganze Umkleidung eine feste, feinharte, kompakte Masse bildet, die auch nicht einen Tropfen Wasser an das eigentliche Fundament kommen läßt. Zwischen den Pfeilern ist das Bett bis auf den Fels tiefergelegt und darauf ein glattes Betonbett geschaffen.

Bei dem Bau der Brücke in den Jahren 1784—88 konnte man die Fundamente nicht auf den Fels führen; zwischen diesem und dem Pfeiler befindet sich eine Kieseldecke, die natürlich bei den jetzigen Arbeiten unter dem Pfeiler nicht weggekratzt werden konnte. Über die neu in die Tiefe gehende und rings um das Pfeilergerüst aufgeführte starke Eisenbetonhülle kommt in ihrer vollendeten technischen Ausführung einem neuen Fundamente gleich, so daß die Befestigungen anglichsamer Gemäuer, als ob durch diese Ausbesserungsarbeiten der Brücke Schaden zugefügt werden würde, vollständig falsch sind. Im Gegenteil, die restaurierten Pfeiler belamen unter Benutzung der besten technischen Hilfsmittel ein fast neues Fundament, das die Brücke lange zu tragen imstande ist. Bereits haben die ausführenden Firmen sämtliche Maschinen und Baumaterialien aus der trockenen Baugrube zurückgezogen, eine besondere Maschine ist angekommen, die die einzelnen Stücke der Spundwände herauszieht, so daß im Laufe der nächsten Woche der Neckar wieder sein ihm abgewonnenes Bett ausfüllen kann. Nach Erstellung des oberhalb der Brücke liegenden Kanals und der Schleufe wird den zu Tal fahrenden Schiffen die zweite Brückenöffnung zugewiesen, den bergauf ziehenden Fahrzeugen die dritte Öffnung, so daß sich der Schiffsverkehr ohne Reibung abwickeln wird. Dadurch, daß durch die Betonierung die Fundamente der Pfeiler nur wenig über die letzteren selbst ins Fahrwasser hineinragen, sind die großen Fahrzeuge in ihrem Laufe nicht beeinträchtigt.

Im Gebiet des Kanals dauern die Sprengungen des Felsgesteins an. Dort bekommt der Laie die neuesten mechanischen Einrichtungen und Anlagen zu großen Wasserbauten vorgeführt. Bis zur Fertigstellung der Schleufe, des Kanals und Stauwehres dürften noch anderthalb Jahre vergehen.

Die Rheinbrücken

Bei der Besprechung von Verkehrsfragen im bayerischen Staatshaushaltsausschuss verlangte der Abgeordnete Burger (D. Vpt.) die Befestigung des Brückengeldrechts bei der Mannheim-Ludwigshafener Rheinbrücke. Dabei erkundigte er sich nach dem Stande der drei pfälzischen Brückenbauprojekte. Was die Ludwigshafener Brücke betreffe, so schäme man sich bald angeht, der ungeheuren Verkehrsschwierigkeiten einerseits und der verhältnismäßig kleinen Summen, in die sich das Reich, zwei Staaten und zwei Städte teilen, von dieser Verkehrsangelegenheit weiter noch zu sprechen. Redner richtete an die Staatsregierung die Frage wie lange es noch notwendig sein soll, nach den pfälzischen Brückenbauten sich zu erkundigen.

Der Abg. Eisenbeis begründete einen Antrag Dissinger, welcher die Elektrifizierung der Strecke Mühlacker—Mannheim verlangt, der zur Verbesserung der Verbindung der Pfalz nach München beitragen würde.

Ministerpräsident Hellmann teilte mit, daß die Reichsbahn dieses Projekt verwirklichen werde. Was die Befestigung des Brückengeldrechts anlangt, so habe der Antrag keine Berechtigung; er werde aber so lange nicht voll befriedigt werden können; als die Frage des neuen Brückenbaues nicht voll gelöst sei. Die drei Brücken seien grundsätzlich beschlossen, darüber sei eine Einigung erzielt. Nur über die Kostenfrage und die Kostenverteilung schwebten noch Verhandlungen.

Demission des albanischen Kabinetts. Das albanische Kabinett hat demissioniert. Über Rom wird dazu gemeldet, daß die Demission auf Meinungsverschiedenheiten auf dem Verwaltungsbereich zurückzuführen sei.

Die Schnellbremsversuche auf der badischen Schwarzwaldbahn

Ob. Triberg, 22. Okt. Die Reichsbahngesellschaft bringt bekanntlich den Erfindungen und Vorrichtungen, die fahrenden Züge im Falle der Gefahr in kürzester Frist zum Stehen zu bringen, oder die Züge vor den Folgen des Überfahrens von Signalen durch selbsttätige Einrichtungen zu bewahren, weitgehendes Interesse entgegen. In diesem Streben wurden gestern auf der Strecke der Schwarzwaldbahn oberhalb Triberg die angeführten Schnellbremsversuche nach dem Braamschen System vorgenommen, nachdem sie um einen Tage verschoben worden waren. Als Versuchsobjekt diente ein von Billingen gestellter kleiner Sonderzug, der im Laufe des Vormittags die Versuchsstrecke befährt. Die Versuche selbst fanden nur im Kreis von Fachleuten statt. Eine besondere Kommission wohnte den Versuchen bei, über deren technisches Ergebnis im einzelnen noch nichts bekannt ist.

Hilfsstag für das Grenz- und Auslands-Deutschtum in Baden

Der Verein für das Deutschtum im Auslande veranstaltet demnächst mit Unterstützung der Schuljugend des ganzen Landes einen Hilfsstag für das Grenz- und Auslandsdeutschtum. Den Vorsitz des Ehrenauschusses hat Staatspräsident Dr. Traut übernommen. Dem Ehrenauschuss gehören an: Unterrichtsminister Leers, sämtliche Kirchenbehörden des Landes, die Vorsitzenden der bürgerlichen Vereinigung, der Deutschdemokratischen, der Deutschliberalen, der Sozialdemokratischen und der Zentrumsfraction des Landtages, die Rektoren der badischen Universitäten und Hochschulen, die badischen Lehrervereine und Frauenverbände, Kriegerbund und Reichsbanner, Sängerschaft und Turnerschaft, Handel, Handwerk, Industrie und Angestellte.

Erleichterte Einreise zum Gräberbesuch nach Elsaß-Lothringen

Wie dem Badischen Verkehrsverband vom französischen Konsulat in Karlsruhe mitgeteilt wird, wird deutschen Staatsangehörigen, die sich an Allerheiligen sowie am 21. November zum Gräberbesuch nach Elsaß-Lothringen zu begeben wünschen, eine erleichterte Einreise gewährt. Die in Baden anfragenden Antragsteller benötigen hierzu eine vom Bürgermeisteramt des Ortes, wohin diese zu reisen beabsichtigen, ausgestellte Bescheinigung, daß der Antragsteller auf dem Friedhof der betr. Gemeinde ein Familiengrab besitzt. Ferner wird ein deutscher Reisepaß oder Personalausweis benötigt, der von dem französischen Konsulat in Karlsruhe oder beim Grenzübertritt von den französischen Grenzbehörden visiert wird. Die Gültigkeitsdauer des Visums, dessen Gebühr auf 2,10 M ermäßigt ist, beträgt vier Tage. Zur Erleichterung des Visums sind die Grabbescheinigungen der früheren Jahre gültig.

Das Oberelsaß und das Rember Kraftwerk

Ob. Straßburg i. E., 21. Okt. In einer Sonder Sitzung hat der Generalrat des Oberelsaß über die Beteiligung der Gesellschaft für den Bau des Rheinkraftwerks von Rembs Beschluß gefaßt. Das Departement erwirbt demnach 1000 Aktien des Rember Kraftwerks, der Kaufpreis ist mit einem Viertel gleich 125 000 Frs. bei der Zeichnung, für den Rest später auf Anforderung fällig. Das Departement ist in der Lage, die sofort fällige Summe aus dem Einnahmeüberschuß des laufenden, ein weiteres Viertel aus dem Einnahmeüberschuß des nächsten Budgets zu decken. Es erscheint aber trotzdem fraglich, ob das Budget den Anforderungen des kommenden Jahres bei der durch diese Vorwegnahme des Einnahmeüberschusses verminderten Elastizität gewachsen sein wird.

Die Karlsruher Wochenmarktpreise

Nach den regelmäßig vom Städtischen Statistischen Amt veröffentlichten Übersichten, die Material zu der Frage bringen, ob eine Teuerung tatsächlich bereits eingetreten ist, gestalteten sich die Preise der wichtigsten Lebensmittel auf dem Karlsruher Wochenmarkt wie folgt:

	20. X. 27	13. X. 27	21. X. 26	25. X. 13
	Pfg.	Pfg.	Pfg.	Pfg.
Rindfleisch 1 #				
1. Güte m. Knoch.	120—126	120—126	100—124	96
Rindfleisch				
2. Güte m. Knoch.	80—100	100—110	80—100	90—94
Geflügelfleisch	64 u. 72	64 u. 72	64 u. 72	—
Kalb- und Schweinefleisch	130—150	120—150	120—136	96—105
Schweinefleisch	110—130	110—130	126—136	100
Gammelfleisch	90—120	96—120	96—120	80
Badische	60	50	40—50	35
Schellfische	70—80	60—70	50—70	60
Kabeljau	70	60—70	60—70	50
Kartoffeln	6—7	6—7	6—7	4
Rosenkohl	30—40	25—40	30—40	20 ²
Rotkraut	12	10—12	8—12	15—25 ¹
Weißkraut	8—10	8—10	5—10	10—20 ¹
Wirsing	10—12	10—15	10—12	5—10 ¹
Spinat	30—40	30—40	10—15	10—30 ³
Rüben gelbe, Karotten	10—15	10—15	8—10	1—3 ¹
Kohlrabi	15—25	15	15—20	3—5 ¹
Endivienalat	6—12	5—12	5—15	3—6
Sellerie	5—40	10—40	10—40	5—15
Reerrettich	20—40	20—40	25—40	12—15
Zwiebeln 1 #	12	12	9—12	6
Tafeläpfel	15—30	15—30	15—30	20—35
Tafelbirnen	15—32	20—35	10—35	30—40
Trinkfeier inl.	17—18	16—18	16—17	—
„ ausl.	16—17	10—15	12—17	—
Eier inl. (keine Trink-)	11—16	11—16	14—16	8—10
Eier ausl. (keine Trink-)	11—16	15—16	12—16	—
Tafelbutter inl. 1 #	210—240	220—240	190—210	150
„ ausl.	240—260	240—280	220—240	—
Landbutter	190—210	180—210	170—200	130
Schweineschmalz ausl.	85—90	110	100—120	100
Schweinefleisch	180—240	180—200	180—200	120
Rahmkäse	100—120	110—120	—	80 ¹
Limburgerkäse	80	80	72—80	50

¹ Stüd. ² Liter. ³ Gemüse.
Es haben somit die Lebensmittel verschiedentlich zwar Preiserhöhungen gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres, andere aber auch Preisermäßigungen erfahren, so daß von einer durchgängigen Teuerung der Lebensmittel, auch wenn man die Preise dieser Woche mit denen der Vorwoche vergleicht, jedenfalls nicht gesprochen werden kann. Freilich weisen die Lebensmittelpreise dauernde Schwankungen und Verschiedenheiten nicht nur in verschiedenen Städten, sondern auch in Verkaufsstellen ein und derselben Stadt auf. Darauf erklärt sich die Tatsache, daß man immer wieder das Wort Teuerung hört.

Aus der Landeshauptstadt

Umwandlung deutscher Fernschnellzüge in Pullmanzüge. Nach dem Muster der neuen Gotthard-Pullmanzüge ist für den kommenden Sommer im deutschen Nord-Südverkehr die Umwandlung des Fernschnellzugpaars D 163/164 **Holland-Rhein-Mannheim-Karlsruhe-Basel-Schweiz** ebenfalls in Pullmanzüge vorgesehen. Die Züge, die in diesem Jahre erstmals mit den Berlin-Basel FD-Zügen 5/6 südlich Heidelberg zusammen gefahren wurden, sollen im nächsten Jahre erheblich beschleunigt werden, um die Schweizer Anschlüsse zu verbessern. Ob sich dabei die jetzige Vereinigung der Hollandzüge mit den Berliner Flügelzügen, die diesen Sommer infolge der Zugkomposition zu Verspätungen geführt hat, aufrecht erhalten läßt, steht noch dahin.

Colosseum-Theater Karlsruhe. Direktor Rittner ist es gelungen, für die Eröffnung des Colosseumtheaters sich die Aufführung einer großen Revue zu sichern. Als Träger der Hauptrollen gelang es, die Berliner Rundfunkängerin Gertha Löwe, die Nachtigall des deutschen Theaters und die mondäne nordische Diva Astrid Rissen zu verpflichten. Die Künstlerinnen sind auch den Karlsruhern noch in bester Erinnerung von ihrem Gastspiel mit der Revue „Die bunte Däse“. Die Conference hat wieder Walter Riene übernommen und als Komiker erscheint wieder Fritz Randow. Dieses Ensemble wird bereichert durch den Operettentenor Hermann Buchardt und einen der bekanntesten Tanztänzer, sowie die drahtische Soubrette Eva Maria Martin u. a. m. Selbstverständlich fehlt nicht das große Ballett, sowie die 12 englischen Girls.

Wer hat das Fahrrad verkauft? In einer Kirchendiebstahlsache wurde eine neues Herrenfahrrad „Marke Phoenix, Nr. 67 259“ zurückgelassen. Das Badische Landespolizeiamt (Bezirksamtgebäude, Zimmer 70) bittet um Mitteilung, welches Fahrradgeschäft dieses Rad verkauft hat.

Badisches Landestheater. Molnars Lustspiel-„Aneldote „Spiel im Schloß“ geht Sonntag, den 23. Oktober im Konzerthaus erstmalig in Szene. Neben den von Torsten Segt neuentworfenen Bühnenbildern, ist für diese Aufführung noch eine besondere Einrichtung getroffen, um für diese leichte Improvisation den geeigneten Rahmen zu schaffen und dem Werk die würdige Stimmung eines Kammerstückes zu geben. Es ist durch Verlegung des Souffleurkastens in den Dreißtervorbau eine beträchtliche Spielfläche auf der Bühne gewonnen worden, die Bühne mit Zuschauertraum in innigeren Kontakt bringt, wodurch man sich gerade für dieses leichte Konversationsstück einen Erfolg verspricht. Die Rollen sind wie folgt besetzt: Das Schriftstellerpaar Korth und Manft spielen die Herren v. d. Trend und Brand, den Komponisten Adam Waldemar Leitgeb, den Hofschauspieler Hugo Bauer, den Sekretär Herr Gemmede, den Lakai Herr Prüiter. Die Frauenrolle der Operettendiva wird von Fräulein Hilde Biller verkörpert. Inszenierung: Eugen Schulz-Breiden.

Badische Kunstlotterie. Zur Badenstadt Lotterietournee der bekannte badische Maler Prof. Walter Gony (Malerei-Klasse der Badischen Landeskunstschule Karlsruhe): Damit die große Schaffenskraft junger, talentvoller Künstler nicht durch täglich zunehmende Erstlingsfragen erdrückt wird, sollte jeder das Unternehmen der Badischen Kunstlotterie (Geschäftsstelle Karlsruhe, Baumtellerstraße 56) unterstützen.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Auch gestern hatte Baden zeitweise heiteres und trockenes Wetter. Ein Randwirbel der neuen ozeanischen Zirkulation hat bereits England erreicht. Ein breites Regengebiet überdeckt England und ganz Westfrankreich und wird auch Baden streifen. Die Witterung der nächsten Tage wird voraussichtlich vollkommen unter dem Einfluß dieser neuen Zirkulation stehen. Voraussichtliche Witterung für Sonntag: mildes, trübes und meist regnerisches Wetter, zeitweise auffrischende westliche bis südliche Winde.

RESIDENZ-LICHTSPIELE
Waldstraße Telefon 511
METROPOLIS

Kurze Nachrichten aus Baden

D3. Oberschöflenz (Amt Laubersbühl), 22. Okt. Der älteste Altbürgermeister des Bezirkes Mosbach ist Andreas Knecht, der trotz seiner 83 Jahre in völliger geistiger und körperlicher Gesundheit seine bürgerlichen Geschäfte versieht. 45 Jahre lang hatte er die Geschäfte des hiesigen Ortes geleitet.

D3. Freiburg i. Br., 21. Okt. Die im Dezember v. J. in Dachau bei Müllheim getragenen Messuren Freiburger Studenten hatten im Juli d. J. eine Verhandlung vor dem Amtsgericht Müllheim zur Folge, in der auf Freispruch erkannt worden war, weil den Studenten eine Beteiligung an der Messur nicht nachgewiesen werden konnte. Die Staatsanwaltschaft hatte Berufung gegen dieses Urteil eingelegt, so daß die Sache vor der Strafkammer des Landgerichts Freiburg erneut zur Verhandlung kam. Die Berufung der Staatsanwaltschaft wurde jedoch zurückgewiesen und die Kosten der Staatskasse aufgelegt. In der Begründung wurde darauf hingewiesen, daß lediglich den Chargierten ihre Charge nachgewiesen werden konnte, aber keine Beteiligung an der Messur vorliege.

D3. Heidelberg, 21. Okt. Das gegen den Heidelberger Privatdozenten Gumbel schwebende Landesverratsverfahren ist eingestellt worden, da Gumbel nachweisen konnte, daß die von ihm gemachten Angaben über die Schwarze Reichswehr bereits bekannt waren. Dr. Gumbel hat seinen Lehrauftrag wieder verliehen bekommen.

D3. Heidelberg, 20. Okt. Der Inspektor des Heidelberger Stadttheaters, Georg Beder, feiert am 4. November sein 50jähriges Bühnenjubiläum und zugleich seine 50jährige Zugehörigkeit zum Heidelberger Stadttheater.

Börsen und Märkte

Wochenrückblick nach dem Stand vom 20. Oktober. Die Börse lag in dieser Woche allgemein schwach. Das Geschäft war äußerst geringfügig und beschränkte sich auf einige wenige Spezialwerte. Vor allem verstimmt die Ausdehnung des Bergarbeiterstreiks. Dazu hemmen anhaltende Geldsorgen die Kaufkraft. Die Diskonterhöhung der Reichsbank hat sehr merklich das Kapital von den Effektenbörsen abgelenkt. Aus Anlaß der zahlreichen Auslandsanleihen hatte die Börse mit einer Beflügelung des Geldmarkts gerechnet, doch hat die Devisenpolitik der Reichsbank diese Erwartungen zerstreut. Auch von der Möglichkeit einer neuen Diskonterhöhung war bereits die Rede. Die Folge war eine weitere Senkung der Wörse. Für Auslandsanleihen ist das Kursniveau immer noch zu hoch. In den wirtschaftlichen Bestimmungen kamen noch solche politischer Art, die hauptsächlich mit der Frage des Finanzausgleichs zusammenhängen.

Am Geldmarkt hat die Anspannung zugenommen. Auch eine Milderung durch die aus den Auslandsanleihen hereinfließenden Devisen ist nicht möglich, da die Reichsbank sich zum Ankauf nicht verstehen will. Die Geldverknappung führte zur Abhebung von außerordentlich hohen Sätzen. So kostete Tagesgeld 7-9 Proz., Monatsgeld 8-9 1/2 Proz. Auch am Privatdiskontmarkt ist die Tendenz nach oben gerichtet und die Sätze wurden auf 6 1/2 Proz. erhöht, so daß die Spanne zum Reichsbankdiskont nurmehr 1/2 Proz. beträgt. Die Reichseinnahmen im ersten Halbjahre zeigen eine günstige Entwicklung. Das bisherige Gesamtaufkommen übersteigt mit 4,115 Milliarden M die Hälfte des Jahreshaushaltsolls von 8,275 Milliarden M um 240 Millionen M. Diese Mehreinnahmen entfallen fast ganz auf Zölle und Verbrauchsabgaben.

Die Produktmärkte hatten im wesentlichen eine festere Neigung und sämtliche Getreidemärkte, mit Ausnahme von Weizen waren stärker gefragt. Roggen war im Preis ziemlich befestigt, während Weizen etwas schwächer war. Die Differenz zwischen beiden ist auf 3 M zusammengekrumpft. An den Warenmärkten waren verschiedene Preiserhöhungen zu beobachten. So wurden die Preise für Kupferblechfabrikate und Kupferrohmaterialien heraufgesetzt und ebenso wurden die Preise für Elektroinstallationsgegenstände um 5 Proz. erhöht. Eine Hochkonjunktur herrschte im Textilgroßhandel. Das Herbst- und Wintergeschäft hat sich trotz der Unsicherheit der Rohstoffmärkte und der schlechten Geldlage des gewerblichen Mittelstandes und der Landwirtschaft befriedigend entwickelt. Viel dazu beigetragen hat die gesteigerte Kaufkraft der Beamten infolge der Besoldungserhöhung.

Danksagung
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an unserem schweren Verlust sprechen wir unseren innigsten Dank aus.
Frau Ottilie Bender geb. König
Margarete Bender
Elsa Bender
Friedrich Bender
Mannheim, den 22. Oktober 1927
Wespstraße 6
G. 800

Bruch-Heilung
von Behörden bestätigt!
ohne Operation, ohne Berufsstörung!
Dem „Hermes“, ärztlichen Institut für orthopädische Bruchbehandlung, Hamburg, bestätige ich, daß mein Bruchleiden durch Ihre Methode vollständig geheilt ist. Ich kann jetzt jede Arbeit ohne Beschwerden verrichten, auch kann ich große Spaziergänge machen, empfehle den Herrn Doktor wo ich kann und überall ist der Erfolg gut und sage Ihnen meinen herzlichsten Dank. Auguste Grether, Freiburg i. Br., 6. April 1927. Mein linksseitiger Keilbruch, der hühnerartig vorgewölbt war, ist durch Ihre Behandlung geheilt, ich gehe ohne Band. Frau Max Furtwängler, Oberstmonswald.
Über 100 amtlich beglaubigte Zeugnisse Geheilter liegen vor der Sprechstunde aus.
Sprechstunde unseres approbierten, speziell ausgebildeten Vertrauensarztes in:
Karlsruhe: Dienstag, den 25. Oktober, vormittags von 9-1 Uhr, und nachmittags von 2-7 Uhr, Hotel Lux.
Hamburg: wochentags von 10-12 Uhr vormittags und von 4-6 Uhr nachmittags im Institut, Eiplanade 6, außer Sonnabends nachmittags.
Ältestes und größtes ärztliches Institut dieser Art.
„Hermes“ G. 779
Ärztliches Institut für orthopädische Bruchbehandlung, G. m. b. H. Hamburg, Eiplanade 6. [Dr. S. L. Meyer.]

TH. und O. HESSIG
Telephon 105 Karlsruhe i. B. Hirschstr. 40
G. 768 Gegründet 1878
Beton- und Eisenbeton-Hoch- und Tiefbau
Asphaltierungen
Neuzeitlicher Straßenbau
Spezialität: Solidität-Betonstraßen D. R. P.

Bei Familien-Anzeigen
der badischen Beamtschaft bietet die
Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger
die beste Gewähr für weite Verbreitung der Anzeige in Beamten- und Regierungskreisen

Badisches Landestheater
Montag, den 24. Oktober 1927
Th.-Gem. 401-500 und 601-700
2. Sinfonie-Konzert
des Badischen Landestheater-Orchesters
Leitung: Josef Krips
Solist: Alfred Goehn
1. Sinfonie Nr. 13 (G-dur) Haydn
2. Klavierkonzert (zum erstenmal) Hindemith
3. V. Sinfonie (c-moll) Beethoven
Anfang 8 Uhr Ende gegen 10 Uhr
I. Rang und I. Sperritz 4 Mk.

Den Kleinverkauf von Kohlen betreffend.
Wir haben Veranlassung, erneut darauf aufmerksam zu machen, daß nach der Bekanntmachung des Stadtrates hier vom 18. September 1916 die Kohlenhändler, welche Kohlen oder Holz in Säcken oder in Körben zum Verkauf bringen, verpflichtet sind, auf den Kohlen- oder Holzwagen eine Waage mitzuführen, damit die Käufer in der Lage sind, das Gewicht der Lieferung nachzuprüfen.
Zulieferungen werden bestraft.
Karlsruhe, den 18. Oktober 1927. D. 3. 123
Badisches Bezirksamt — Polizeidirektion.

Bürgerl. Rechtspflege
Streitige Gerichtsbarkeit
2.783. Karlsruhe. Über das Vermögen der Gesellschaft Bürgerl. Rechts Erhard & Neule, Holzwarenfabrik in Karlsruhe, Bachstraße 46, Gesellschafter Friedrich Neule und Karl Erhard, Kaufleute in Karlsruhe, wurde heute nachmittags 4 Uhr das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Zur Vertrauensperson wurde der beidseitig Bittcreditor F. W. Böner, hier, Leopoldstr. 20, bestellt. Den Kaufleuten Erhard u. Neule wurde allgemein verboten, über Vermögensgegenstände der Gesellschaft und über ihr Privatvermögen ohne Zustimmung der Vertrauensperson zu verfügen. Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag wurde auf Dienstag, 15. Nov. 1927, vormittags 9 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Adamiestras. 6, 3. Stod. Zimmer 246, bestimmt. Der Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens nebst seinen Anlagen und das Ergebnis der Ermittlungen ist auf der Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts A III zur Einsicht der Beteiligten aufgelegt.
Karlsruhe, 19. Okt. 1927.
Gerichtsschreiber
Bad. Amtsgerichts A. III.

Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche.
Nachdem unter dem Schweinebestand des Josef Amel, hier, Plankestraße 9, Maul- und Klauenseuche festgestellt worden ist, wird hiermit folgende Anordnung getroffen:
Das Seuchengebiet bildet einen Sperrbezirk mit den aus §§ 161 ff. der Ausführungsbestimmungen zum Viehseuchengesetz sich ergebenden Wirkungen. G. 780
Karlsruhe, den 20. Oktober 1927. D. 3. 126
Badisches Bezirksamt — Polizeidirektion.

Möbel
Schlafzimmer
Wohnzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
und Küchen
kaufen Sie sehr billig bei
Karl Thome & Co.
Möbelhaus — Karlsruhe
Herrenstraße 2
gegenüber der Reichsbank
Franko-Lieferung
Streng reelle Bedienung
Glänzende Anerkennungen
Zahlungserleichterung
Mitglied des Ratenkaufbankm. Bad. Beamtenbank

Korbmöbel
„Morocco“ ab
Fabrik an jedem
Günstige Preise,
bequeme Taktzahl
Verl. Sie Katalog
Bahndirektion „Morocco“
Lorch (Wurlzburg)

Eisenbetten
Stahlmatt. Kinderbetten
günstig an Private. Kat. frei
Eisenmöbelabrik Suhl (Thür.)

Leser Bücher
Wissen ist Macht!

Bürgerl. Rechtspflege
Streitige Gerichtsbarkeit
2.783. Karlsruhe. Über das Vermögen der Gesellschaft Bürgerl. Rechts Erhard & Neule, Holzwarenfabrik in Karlsruhe, Bachstraße 46, Gesellschafter Friedrich Neule und Karl Erhard, Kaufleute in Karlsruhe, wurde heute nachmittags 4 Uhr das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Zur Vertrauensperson wurde der beidseitig Bittcreditor F. W. Böner, hier, Leopoldstr. 20, bestellt. Den Kaufleuten Erhard u. Neule wurde allgemein verboten, über Vermögensgegenstände der Gesellschaft und über ihr Privatvermögen ohne Zustimmung der Vertrauensperson zu verfügen. Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag wurde auf Dienstag, 15. Nov. 1927, vormittags 9 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Adamiestras. 6, 3. Stod. Zimmer 246, bestimmt. Der Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens nebst seinen Anlagen und das Ergebnis der Ermittlungen ist auf der Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts A III zur Einsicht der Beteiligten aufgelegt.
Karlsruhe, 19. Okt. 1927.
Gerichtsschreiber
Bad. Amtsgerichts A. III.

Bürgerl. Rechtspflege
Streitige Gerichtsbarkeit
2.783. Karlsruhe. Über das Vermögen der Gesellschaft Bürgerl. Rechts Erhard & Neule, Holzwarenfabrik in Karlsruhe, Bachstraße 46, Gesellschafter Friedrich Neule und Karl Erhard, Kaufleute in Karlsruhe, wurde heute nachmittags 4 Uhr das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Zur Vertrauensperson wurde der beidseitig Bittcreditor F. W. Böner, hier, Leopoldstr. 20, bestellt. Den Kaufleuten Erhard u. Neule wurde allgemein verboten, über Vermögensgegenstände der Gesellschaft und über ihr Privatvermögen ohne Zustimmung der Vertrauensperson zu verfügen. Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag wurde auf Dienstag, 15. Nov. 1927, vormittags 9 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Adamiestras. 6, 3. Stod. Zimmer 246, bestimmt. Der Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens nebst seinen Anlagen und das Ergebnis der Ermittlungen ist auf der Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts A III zur Einsicht der Beteiligten aufgelegt.
Karlsruhe, 19. Okt. 1927.
Gerichtsschreiber
Bad. Amtsgerichts A. III.

Jagdverpachtung
des Forstamts Waldkirch i. Br.
am Samstag, den 5. November früh 10 Uhr auf dem Forstamt. Zur Verpachtung kommt die domänenrechtliche Jagd im Randeckwald (Güterbach) auf Gemarkung Untere-

Bürgerl. Rechtspflege
Streitige Gerichtsbarkeit
2.783. Karlsruhe. Über das Vermögen der Gesellschaft Bürgerl. Rechts Erhard & Neule, Holzwarenfabrik in Karlsruhe, Bachstraße 46, Gesellschafter Friedrich Neule und Karl Erhard, Kaufleute in Karlsruhe, wurde heute nachmittags 4 Uhr das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Zur Vertrauensperson wurde der beidseitig Bittcreditor F. W. Böner, hier, Leopoldstr. 20, bestellt. Den Kaufleuten Erhard u. Neule wurde allgemein verboten, über Vermögensgegenstände der Gesellschaft und über ihr Privatvermögen ohne Zustimmung der Vertrauensperson zu verfügen. Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag wurde auf Dienstag, 15. Nov. 1927, vormittags 9 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Adamiestras. 6, 3. Stod. Zimmer 246, bestimmt. Der Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens nebst seinen Anlagen und das Ergebnis der Ermittlungen ist auf der Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts A III zur Einsicht der Beteiligten aufgelegt.
Karlsruhe, 19. Okt. 1927.
Gerichtsschreiber
Bad. Amtsgerichts A. III.

Bürgerl. Rechtspflege
Streitige Gerichtsbarkeit
2.783. Karlsruhe. Über das Vermögen der Gesellschaft Bürgerl. Rechts Erhard & Neule, Holzwarenfabrik in Karlsruhe, Bachstraße 46, Gesellschafter Friedrich Neule und Karl Erhard, Kaufleute in Karlsruhe, wurde heute nachmittags 4 Uhr das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Zur Vertrauensperson wurde der beidseitig Bittcreditor F. W. Böner, hier, Leopoldstr. 20, bestellt. Den Kaufleuten Erhard u. Neule wurde allgemein verboten, über Vermögensgegenstände der Gesellschaft und über ihr Privatvermögen ohne Zustimmung der Vertrauensperson zu verfügen. Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag wurde auf Dienstag, 15. Nov. 1927, vormittags 9 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Adamiestras. 6, 3. Stod. Zimmer 246, bestimmt. Der Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens nebst seinen Anlagen und das Ergebnis der Ermittlungen ist auf der Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts A III zur Einsicht der Beteiligten aufgelegt.
Karlsruhe, 19. Okt. 1927.
Gerichtsschreiber
Bad. Amtsgerichts A. III.

Bürgerl. Rechtspflege
Streitige Gerichtsbarkeit
2.783. Karlsruhe. Über das Vermögen der Gesellschaft Bürgerl. Rechts Erhard & Neule, Holzwarenfabrik in Karlsruhe, Bachstraße 46, Gesellschafter Friedrich Neule und Karl Erhard, Kaufleute in Karlsruhe, wurde heute nachmittags 4 Uhr das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Zur Vertrauensperson wurde der beidseitig Bittcreditor F. W. Böner, hier, Leopoldstr. 20, bestellt. Den Kaufleuten Erhard u. Neule wurde allgemein verboten, über Vermögensgegenstände der Gesellschaft und über ihr Privatvermögen ohne Zustimmung der Vertrauensperson zu verfügen. Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag wurde auf Dienstag, 15. Nov. 1927, vormittags 9 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Adamiestras. 6, 3. Stod. Zimmer 246, bestimmt. Der Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens nebst seinen Anlagen und das Ergebnis der Ermittlungen ist auf der Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts A III zur Einsicht der Beteiligten aufgelegt.
Karlsruhe, 19. Okt. 1927.
Gerichtsschreiber
Bad. Amtsgerichts A. III.

Bürgerl. Rechtspflege
Streitige Gerichtsbarkeit
2.783. Karlsruhe. Über das Vermögen der Gesellschaft Bürgerl. Rechts Erhard & Neule, Holzwarenfabrik in Karlsruhe, Bachstraße 46, Gesellschafter Friedrich Neule und Karl Erhard, Kaufleute in Karlsruhe, wurde heute nachmittags 4 Uhr das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Zur Vertrauensperson wurde der beidseitig Bittcreditor F. W. Böner, hier, Leopoldstr. 20, bestellt. Den Kaufleuten Erhard u. Neule wurde allgemein verboten, über Vermögensgegenstände der Gesellschaft und über ihr Privatvermögen ohne Zustimmung der Vertrauensperson zu verfügen. Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag wurde auf Dienstag, 15. Nov. 1927, vormittags 9 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Adamiestras. 6, 3. Stod. Zimmer 246, bestimmt. Der Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens nebst seinen Anlagen und das Ergebnis der Ermittlungen ist auf der Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts A III zur Einsicht der Beteiligten aufgelegt.
Karlsruhe, 19. Okt. 1927.
Gerichtsschreiber
Bad. Amtsgerichts A. III.

Bürgerl. Rechtspflege
Streitige Gerichtsbarkeit
2.783. Karlsruhe. Über das Vermögen der Gesellschaft Bürgerl. Rechts Erhard & Neule, Holzwarenfabrik in Karlsruhe, Bachstraße 46, Gesellschafter Friedrich Neule und Karl Erhard, Kaufleute in Karlsruhe, wurde heute nachmittags 4 Uhr das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Zur Vertrauensperson wurde der beidseitig Bittcreditor F. W. Böner, hier, Leopoldstr. 20, bestellt. Den Kaufleuten Erhard u. Neule wurde allgemein verboten, über Vermögensgegenstände der Gesellschaft und über ihr Privatvermögen ohne Zustimmung der Vertrauensperson zu verfügen. Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag wurde auf Dienstag, 15. Nov. 1927, vormittags 9 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Adamiestras. 6, 3. Stod. Zimmer 246, bestimmt. Der Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens nebst seinen Anlagen und das Ergebnis der Ermittlungen ist auf der Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts A III zur Einsicht der Beteiligten aufgelegt.
Karlsruhe, 19. Okt. 1927.
Gerichtsschreiber
Bad. Amtsgerichts A. III.

Bürgerl. Rechtspflege
Streitige Gerichtsbarkeit
2.783. Karlsruhe. Über das Vermögen der Gesellschaft Bürgerl. Rechts Erhard & Neule, Holzwarenfabrik in Karlsruhe, Bachstraße 46, Gesellschafter Friedrich Neule und Karl Erhard, Kaufleute in Karlsruhe, wurde heute nachmittags 4 Uhr das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Zur Vertrauensperson wurde der beidseitig Bittcreditor F. W. Böner, hier, Leopoldstr. 20, bestellt. Den Kaufleuten Erhard u. Neule wurde allgemein verboten, über Vermögensgegenstände der Gesellschaft und über ihr Privatvermögen ohne Zustimmung der Vertrauensperson zu verfügen. Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag wurde auf Dienstag, 15. Nov. 1927, vormittags 9 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Adamiestras. 6, 3. Stod. Zimmer 246, bestimmt. Der Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens nebst seinen Anlagen und das Ergebnis der Ermittlungen ist auf der Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts A III zur Einsicht der Beteiligten aufgelegt.
Karlsruhe, 19. Okt. 1927.
Gerichtsschreiber
Bad. Amtsgerichts A. III.